

Deutscher Bundestag

15. Wahlperiode

Drucksache 15/3284

11. 06. 2004

Schriftliche Fragen

mit den in der Woche vom 7. Juni 2004

eingegangenen Antworten der Bundesregierung

10. Abgeordnete Petra Pau (fraktionslos)

Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung, vor dem Hintergrund, dass amerikanische Militärangehörige, offenbar systematisch und aufgrund von Anordnung von höchsten Stellen, Folterungen in Guantanamo Bay, Afghanistan und im Irak durchgeführt haben, wann ergriffen, um diese Folterungen unabhängig durch ein Internationales Tribunal aufklären zu lassen und die Taten zu ahnden?

Antwort des Staatssekretärs Dr. Klaus Scharioth vom 8. Juni 2004

Die Bundesregierung hat Berichte über Misshandlungen und Folterungen irakischer Gefangener mit Entsetzen und Abscheu zur Kenntnis genommen. Bundesminister Joseph Fischer hat bei seinen Gesprächen während seines USA-Besuchs Mitte Mai dies gegenüber seinen amerikanischen Gesprächspartnern zum Ausdruck gebracht. Er hat gefordert, dass die Folttervorwürfe zügig und umfassend aufgeklärt, die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen und Vorkehrungen zur Verhinderung solcher Vorfälle getroffen werden.

Die Genfer Konventionen verpflichten die Staaten, bei schweren Verletzungen der Konventionen durch ihre Soldaten diese vor ihren eigenen Gerichten anzuklagen (Artikel 129 III. Genfer Konvention, Artikel 146 IV. Genfer Konvention). Eine Zuständigkeit des Internationalen Strafgerichtshofs besteht demgegenüber nicht. Die USA haben das römische Statut des Internationalen Strafgerichtshofs (IStGH) nicht ratifiziert. Der Internationale Strafgerichtshof ist im Übrigen auch für die Ahndung und Aburteilung von Verbrechen, die von Soldaten begangen werden, die einer Vertragspartei angehören, nur dann zuständig, wenn die entsprechende Vertragspartei nicht willens oder nicht in der Lage ist, eine eigene Strafverfolgung durchzuführen.

Die amerikanische Regierung hat zugesagt, dass die Verbrechen aufgeklärt und die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden. Erste Verfahren in Zusammenhang mit den Folttervorwürfen in Irak sind bereits durchgeführt worden. Die US-Administration hat zudem eine Untersuchung der Verhältnisse in den von den USA in Afghanistan betriebenen Gefängnissen angeordnet.